

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen



Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 0316 / 71 62 91. E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Wohnen an der Busspur

SPÖ, FPÖ und KPÖ stellen sich auf die Seite der verzweifelten Bewohner der autofreien Siedlung „Wohnen im Park“ und Kalvariengürtel 50. Jetzt bleibt noch die Hoffnung, dass auch Vizebürgermeisterin Rucker die Größe hat, von dem etwa 1 Million Euro teuren Projekt, das niemand haben will (die Siedlungen sind bereits bestens an den öffentlichen Verkehr angebunden), Abschied zu nehmen.

Brigitte Eibisberger 8020

Respekt

Hunderte betroffene Familien in den GWS-Siedlungen Kalvariengürtel 48 und 50 sowie in der autofreien Multikulti-Siedlung „Wohnen im Park“ würden sich ein wenig Respekt von der Nagl/Rucker-Koalition wünschen:

Sie alle möchten ihre Kinder in einer möglichst lärm- und abgasfreien Umgebung aufwachsen sehen. Die Gesundheit wird darunter leiden, wenn der Traum der Grazer Grünen von einer Bustrasse mitten durch die Siedlungen mit Hilfe der ÖVP verwirklicht wird. 20 Stunden nonstop sollen dann täglich von der Hauptverkehrsstraße umgeleitete Busse an ihren Vorgärten, Spielplätzen und Wohnungsfenstern vorbeidonnern. Und das, obwohl die Siedlungen bereits bestens an das öffentliche Verkehrsnetz angebunden sind. Das ist rücksichtslose „Drüberfahrpolitik“ auf unserer aller Kosten.

Konstantinos Avdoulas, 8020

Rücksichtslos

Ich hoffe, dass die Vertreter sämtlicher politischer Parteien dieser rücksichtslosen Politik der Vizebürgermeisterin einen Riegel vorschieben und sich hinter die besorgten Familien in den Wohnsiedlungen stellen, die zu Recht um ihre Gesundheit, Sicherheit und Lebensqualität besorgt sind!

Maria Riedel

Wohnbeihilfe jedes Jahr geringer

Ich bin Jahrgang 1944 und lebe als Bezieher einer Invalidenrente nach einem schweren Unfall seit 2003 in einer Seniorenwohnung. Damals wurden mir 105 Euro Wohnbeihilfe gewährt, vom Sozialamt bekam die Wohnbaugenossenschaft monatlich einen Zuschuss von 18,23 Euro. Damals kostete die Miete 299 Euro ohne Heizung. Mit der Einführung der „Wohnbeihilfe neu“ bekam ich dann 167,76 Euro. Seither wird der Betrag bei jeder Pensionsanpassung immer weniger, außerdem wird mir ein „zumutbarer Wohnungsaufwand“ in der Höhe von derzeit 33,87 Euro abgezogen.

Seit 1. November 2011 werden nun auch die Zuschüsse für die Betriebskosten halbiert, wodurch ich nur noch 102 Euro Wohnbeihilfe monatlich bekomme. Weniger als im Jahr 2003! Das ist unsozial und unverständlich, es sind sehr viele Pensionisten betroffen. Allein in meinem Wohnhaus sind drei Personen mit Tränen in den Augen zu mir gekommen. Ich habe mit einem Federstrich – nachdem 35,07 Euro im Monat zusätzlich an „zumutbarem Aufwand“ abgezogen werden – 420 Euro im Jahr weniger. Eigentlich wollte ich mein Wohnzimmer ausmalen lassen, das muss ich jetzt auf unbestimmte Zeit verschieben.

2004 wurden mir von meiner Heimatgemeinde übrigens 33 Euro Essenszuschuss monatlich über die Volkshilfe überwiesen. 2005 wurde diese Hilfe ersatzlos gestrichen. Diese Kürzungen müssen der Öffentlichkeit und auch dem Herren Soziallandesrat Schrittwieser bekannt gemacht werden! Wie sollen die Menschen noch überleben und ihre teuren Mieten bezahlen?

(Name der Red. bekannt)



Weihnachtsflohmarkt vom 26.11. bis 17.12.2011
Passepartoutkartons und Bilderrahmen
in vielen Farben und Größen ab 1.- Euro.

Müllentsorgung

Binahe alle Altstoffsammelbehälter sind einige Tage nach der Leerung bereits wieder überfüllt. Mein Vorschlag wäre, die Zahl der Sammelbehälter zu erhöhen; ein häufigeres Entleeren würde die Kosten der Entsorgung erhöhen. Bei Altgläsern ist das Leerungsintervall zu kurz. Martin Kummer

Strand am Mühlgang

Ich finde die Idee, einen Strandplatz in der Mitte der Stadt einzurichten, gar nicht gut! Ein „Strand“ hat in der Mitte des dicht besiedelten Gebiets nichts verloren! Ein Stadtblatt Leser

Nächste Bankenhilfe

Die Banken in Österreich schulden uns Steuerzahler/innen seit der Bankenhilfe über neun Milliarden Euro. In der Ersten Bank stecken 1,225, in der Raiffeisen Zentralbank 1, 75 Milliarden. Die BAWAG bekam 550 Mio. und der Rest steckt in der Kommunalkredit und der Hypo-Alpe-Adria. Die Hypo ist sowieso ein Fass ohne Boden. Weitere Abschreibungen um die 5 Milliarden Euro stehen bevor.

Die Banken haben nichts aus der Vergangenheit gelernt. Obwohl weiterhin Verluste gemacht werden, kassieren die Manager dicke Bonuszahlungen. Die EU-Regierung und unsere SPÖ/ÖVP Regierung sehen diesem Treiben tatenlos zu.

Auch die Ansage von ÖVP-Finanzministerin Maria Fekter klingt wie eine Drohung. 6 Milliarden Euro stehen schon bereit für eine weitere Bankenhilfe. Ich fordere Frau Ministerin Fekter auf, die Hilfe für unsere Banken und die EU-Pleitestaaten einzustellen! Und diese Milliarden für die Ar-

mutsbekämpfung in Österreich zu verwenden, da 2 Mio. Menschen hier an der Armutsschwelle leben, darunter um die 400.000 Kinder und Jugendliche. Karl Halmann

Was zählt der Mensch?

Natürlich ist es wichtig, bei Bauvorhaben wie beim geplanten Murkraftwerk in Puntigam den Schutz gefährdeter Tierarten hervorzuheben. Auf der anderen Seite ist es aber sehr traurig, dass anscheinend nur eine seltene Fauna und Flora im Stande ist, die Menschen vor Ort zu schützen. Was eine Lärmbelastung von über 100 Dezibel und tausende LKW-Fahrten während einer mehrjährigen Bauzeit für die Anrainer bedeutet, scheint in den Augen der ESTAG keine Rolle zu spielen. Die sich's leisten können, werden sowieso wegziehen, der Rest ist es schon gewohnt, dass ihre Anliegen nichts zählen. Noch gehört der Mensch nicht zu einer aussterbenden Gattung, die menschliche Betrachtungsweise bei Bauvorhaben allerdings schon.

Bernhard Reischl, Trattenweg

GRAZER Stadtblatt

Impressum/Medieninhaber: KPÖ Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz.

Tel. 71 24 79; Fax 71 35 61

E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

